

# AußenwirtschaftsNews – USA

03/2024

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

## 1 Konjunktur

- Die Arbeitslosenquote in den USA stieg im Februar 2024 leicht auf 3,9 Prozent. Außerdem entstanden 275.000 neue Jobs, das waren 46.000 mehr als im Januar. Die Aussichten der US-Wirtschaft wurden von der National Association for Business Economics (NABE) nach oben korrigiert. Für 2024 liegt die Prognose bei +2,2 Prozent und damit 0,9 Prozentpunkte über den Prognosen vom Dezember. Für das erste Quartal wurde die Prognose der NABE von +0,7 auf +2,0 Prozent erhöht.
- Trotz guter Wirtschaftsaussichten wurden in der Techbranche dieses Jahr bereits 49.000 Leute entlassen. Dies setzt den Trend von 2023 fort, als über 260.000 Technikarbeitskräfte entlassen wurden.
- Die Inflationsrate lag im Februar bei 3,2 Prozent und ist damit im Vergleich zum Januar um 0,1 Prozent gestiegen. Der Leitzins der US-Notenbank ist im Januar unverändert bei 5,25 Prozent geblieben. Die Federal Reserve (Fed) sieht zwar Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung, bleibt aber vorsichtig, die Zinsen zu schnell zu senken. Laut dem stellvertretenden Vorsitzenden der Fed, sind die drei Hauptrisiken: widerstandsfähige Verbraucherausgaben, die Abschwächung der Beschäftigung und geopolitische Risiken im Nahen Osten, die Auswirkungen auf Rohstoffpreise, wie Öl und die globalen Finanzmärkte haben.
- Die Industrieproduktion in den USA ist im Januar zum ersten Mal seit drei Monaten wieder gesunken – um 0,5 Prozent. Dies ist auf Rückgänge bei der Produktion von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Metallen zurückzuführen.
- China ist nicht mehr die wichtigste Importquelle der USA, sondern wurde 2023 von Mexiko abgelöst. Hintergrund ist, dass viele chinesische Unternehmen ihre Waren über Mexiko in die USA liefern, um Import-Zölle der USA zu umgehen.
- Die Einzelhandelsumsätze im Januar gingen im Vergleich zum Vormonat um 0,8 Prozent zurück – der stärkste monatliche Rückgang seit fast einem Jahr.

## 2 Handelspolitik

- Einer Anfang März 2024 veröffentlichten [IW-Studie](#) zufolge würde eine Wahl von Donald Trump als US-Präsident die deutsche Wirtschaft bis 2028 bis zu 150 Milliarden Euro kosten. Im Fall einer erneuten Präsidentschaft erwägt Trump, einen Mindestzoll von zehn Prozent für Importe aus allen Ländern und für chinesische Einfuhren sogar von 60 Prozent zu erheben. Trump droht außerdem, die nachträglich für europäische Unternehmen eingeräumten Erleichterungen des Inflation Reduction Acts zurückzunehmen. In der Studie untersucht das IW, welche Kosten in der Folge zweier Szenarien auf die deutsche Wirtschaft zukommen würden.
- Die Biden-Regierung plant die Gründung eines 5-Milliarden-Dollar-Halbleiterforschungskonsortiums, um das Chipdesign und die Hardware-Innovation in den USA zu stärken und den Bemühungen Chinas entgegenzuwirken, die Spitzenposition in der Branche zu erobern.
- Ende Januar 2024 tagte der EU-US Handels – und Technologierat (TTC) zum fünften Mal. Der TTC dient der Abstimmung zwischen der EU und den USA in der internationalen Handels-, Wirtschafts- und Technologiefragen:
  - Beide Seiten einigten sich darauf, weiter an der Anerkennung von Konformitätsbewertungen zu arbeiten, um den Handel grüner Technologien zu fördern.
  - Um die Abhängigkeit von China im Bereich der Halbleiter zu reduzieren, wollen sich die USA und die EU bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen, wie Gallium und Germanium, stärker abstimmen.
  - Bei der Entwicklung eines 6G- Standards wollen beide Seiten zusammenarbeiten und gemeinsame Leitlinien festlegen.

Der nächste EU-US Handels- und Technologierat findet am 04./05. April in Leuven, Belgien, statt.

## 3 Allgemeine Politik

- Der US-Wahlkampf dominiert die Politik. Dabei sind die Vorwahlen faktisch abgeschlossen. Nikki Haley hatte als letzte parteiinterne Konkurrentin von Trump nach dem schlechten Abschneiden am Super-Tuesday ihre Kandidatur zurückgezogen. Präsident Biden und Trump haben bereits ausreichend Stimmen für ihre Nominierungen erzielt.
- Bidens Zustimmungswerte sind niedrig, aber die Entwicklungen in der Wirtschaft und bei der Einwanderung, seine beiden Schwachstellen bei den Wählern, bieten Möglichkeiten für ein Comeback.
- Der Haushaltsstreit in den USA ist zu einer politischen Bühne geworden. Während mit kleinen Kompromissen immer wieder ein Shutdown verhindert wurde, kann derzeit keine langfristige Lösung gefunden werden. Die Republikaner blockieren weiterhin militärische Unterstützung für die Ukraine sowie das Einwanderungsgesetz.

## **Ansprechpartner**

### **Eva Apfel**

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482  
eva.apfel@vbw-bayern.de  
www.vbw-bayern.de

### **Christoph Kolle**

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410  
christoph.kolle@vbw.com  
www.vbw-bayern.de/english

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.